

Dr. Karsten Rudolph MdL
Stv. Vorsitzender der NRW-SPD

Rede auf dem Neujahrsempfang der SPD in Waltrop, 6. Januar 2008:

Nordrhein-Westfalen besser machen

Anrede

(namentlich Klaus Beie, BM Anne Heck-Guthe, Jürgen Siebert)

Als gelernter Historiker darf ich dem SPD-Stadtverband Waltrop sagen, er hätte seinen inzwischen traditionellen Neujahrsempfangs genau auf den richtigen Tag gelegt, den 6. Januar, wenn wir uns noch im Mittelalter befänden. Der 6. Januar galt nämlich in weiten Teilen Europas als erster Tag des Neuen Jahrs – freilich nur bis Papst Innozenz XII. im Jahr 1691 den 1. Januar verbindlich zum Neujahrstag erklärte. Dies war übrigens nicht die einzige Reformleistung Innozenz XII. Er disziplinierte daneben die Mönchsklöster, in denen es in seiner Zeit drunter und drüber ging und er schränkte die Versorgung päpstlicher Verwandter mit Ämtern ein, was darauf hindeutet, dass auch im Kirchenstaat nicht alles mit rechten Dingen zugeht. Und dann sorgte er noch dafür, dass er einen Teil der kirchlichen Gelder für karitative Zwecke einsetzte. Darin bestand die Reform-Agenda dieses Papstes. Nicht schlecht, dass die SPD-Waltrop auf diese Weise daran erinnert – oder?

Anrede

Ich muss Ihnen verraten, dass mich Klaus Beie schon vor Monaten mit allerhand schmeichelhaften Bemerkungen nach Waltrop gelockt hat. Dabei hat er gar nicht von dem wunderbaren Schleusenpark geredet, den die Internationale Bauausstellung Waltrop gebracht hat. Auch nicht von der guten Kommunalwahl im Jahr 2004. Er hat mich nur auf zwei Dinge hingewiesen: Erstens darauf, dass beim Neujahrsempfang schon einige landesweit bekannte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gesprochen hätten und zweitens, dass zu dem Empfang viele Bürgerinnen und Bürger kämen, die sich ehrenamtlich in ihrer Gemeinde engagieren würden.

Deswegen hat er wohl vergessen, dass ich bereits 2003 bei Ihnen war. Aber ich habe nicht vergessen, dass Waltrop ganz besonders von Ihrem bürgerschaftlichen Engagement lebt. Ich freue mich, einige von Ihnen wieder hier treffen zu können und zugleich neue Gesichter zu sehen.

Zu den vielen Vereinen und Organisationen, in denen und mit denen ehrenamtliches Engagement betrieben wird, gehören übrigens auch die Parteien. Parteien kommen

ohne aktive Bürger nicht aus. Und Aktivbürger leisten etwas Unverzichtbares für die Demokratie und das Gemeinwesen: Sie entscheiden nämlich in ihren Versammlungen darüber, was private Angelegenheiten sind und was öffentliche Angelegenheiten werden! Sie machen Nordrhein-Westfalen besser. Insoweit sind sie alle Papst!

Als ich vor fünf Jahren das letzte Mal bei Ihnen in der Stadthalle war, habe ich Ihnen allen noch die Grüße unseres Landesvorsitzenden, Harald Schartau, und unseres Ministerpräsidenten, Peer Steinbrück, übermittelt. Das kann ich dieses Jahr nicht tun. Aber ich übermittle Ihnen gern den Gruß unserer Landes- und Fraktionsvorsitzenden Hannelore Kraft, der zukünftigen Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen. Wir wünschen Ihnen ein glückliches und frohes neues Jahr!

Zu Peer Steinbrück ist übrigens zu sagen, dass er auch als Bundesfinanzminister, Gutes für Nordrhein-Westfalen bewirkt. Sein Programm „Hilfe für Helfer“ mit einem Fördervolumen von über 490 Millionen Euro kommt auch bei uns gut an. Das Heraufsetzen der so genannten Übungsleiterpauschale von 1.848 Euro auf 2.100 Euro oder das vereinfachte steuerliche Geltendmachen von Spenden und die erleichterte Einrichtung von Stiftungen belebt den Bürgersinn, unterstützt die Vereine bei deren Arbeit und fördert den sozialen Zusammenhalt. Ich finde, hier darf der Finanzminister auch einmal auf Einnahmen verzichten.

Noch einmal zurück zu Innozenz XII. Bei allem Lob für diesen Papst besaß sein Pontikat doch einen Makel. Er gab nämlich König Karl II. von Spanien den unklugen Rat, den Herzog von Anjou, den Enkel Ludwig des XIV. (des Sonnenkönigs – sie erinnern sich noch an ihren Geschichtsunterricht) als Erben seines Reiches einzusetzen. Doch dieser Ratschlag führte zum Spanischen Erbfolgekrieg und brachte einen verheerenden Krieg über Europa. Deswegen ist das, was ich mir zuerst für das neue Jahr wünsche: den Fortgang der europäischen Integration, auch wenn er beschwerlich ist, und schon gar nicht einen „Krieg der Kulturen“.

Der Wunsch nach Friedfertigkeit in der Welt gilt übrigens insbesondere für unsere Soldatinnen und Soldaten und für unsere Polizistinnen und Polizisten, sei es in Afghanistan, in Bosnien oder im Kosovo, um nur einige Orte zu nennen, in denen sie

zusammen mit Nicht-Regierungsorganisationen um den Erhalt des Friedens ringen, den Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen befördern und sich um die Entfaltung einer Zivilgesellschaft bemühen.

Gewalt – daran werden wir in diesen Tagen wieder erinnert – ist aber nicht nur ein Problem in anderen Ländern. Wir sind bestürzt darüber, dass Kinder in unserem Land verschwinden, verhungern und – von den eigenen Eltern – ermordet werden. Wie viele es sind, weiß keiner sicher zu sagen. Sicher ist nur, dass es viel zu viele sind. Im Normalfall funktioniert die Hilfe. So haben sich in einigen unserer Städte Netzwerke aus Kinderärzten, Schulen und der Jugendhilfe gebildet, die eingreifen, bevor es zu spät ist. Aber in Extremfällen kam jede Hilfe zu spät. Seit dem wird darüber debattiert, wer eher hätte eingreifen müssen: die Ärzte, das Jugendamt, die Schule, die Nachbarn oder die Verwandten. Das ist verständlich, weil derartige private Tragödien zugleich öffentliche Katastrophen sind. Gegen Katastrophen helfen nur Vorsorge, rechtzeitiges Eingreifen, Notfallpläne, geteilte Verantwortung und gemeinsames Handeln. Und vor allem: Hinsehen, erstehen und eingreifen! Hinsehen und eingreifen übrigens nicht nur bei den Kindern, auch bei den Erwachsenen. Denn in aller Regel, gerieten die Eltern in große Not, bevor sie zu Tätern gegenüber ihren eigenen Kindern wurden.

Mir macht die wachsende Gewaltbereitschaft auch in unserem Land Sorge. Hier helfen weder Schönreden noch verbale Kraftmeiereien. Die gewalttätigen Übergriffe in der Münchner U-Bahn haben zu einer öffentlichen Diskussion über härtere Gesetze bis hin zur Einrichtung von Erziehungslagern für Jugendliche geführt. Damit zäumt man das Pferd allerdings von hinten auf. Bevor wir über jugendliche Gewalttäter sprechen, gehört unser Mitgefühl den Opfern der Gewalt, denen wir wünschen, bald wieder gesund zu werden und die die Hilfe und Unterstützung unseres Gemeinwesens verdienen.

Als nächstes stellt sich die Frage, wieso so viele Mitbürger zugeschaut haben, als andere Fahrgäste drangsaliert und angegriffen wurden. Wir sollten uns daran erinnern: Wo zwei randalieren und zehn von vornherein aufstehen, ist mehr für die Abschreckung getan, als mit einem höheren Strafmaß im Nachhinein. Und schließlich frage ich die Betreiber des öffentlichen Nahverkehrs: War es wirklich so

gut, möglichst alles zu automatisieren und überall Personal einzusparen? Im Ernstfall können nur Menschen Menschen helfen, Kameras zeichnen nur das auf, was Menschen, Menschen antun können. Deswegen bleibe ich dabei: Auch höhere Strafen ersetzen kein Begleitpersonal und ausreichend Polizei dort, wo sich die Bürger frei und sicher bewegen wollen!

Nordrhein-Westfalen besser machen heißt unter anderem, mehr junge Leute für den Polizeidienst zu gewinnen. Dies ist schon deshalb unabweislich, weil sich die Altersstruktur der Polizei erheblich verschiebt. Ich möchte jedenfalls keine Kleinanzeige eines Polizeibeamten lesen, in der dieser einen gleichaltrigen Täter sucht, um ihn auch fangen zu können...

Nordrhein-Westfalen besser machen heißt, allen jungen Leute eine gute Bildung einen Ausbildungs- und einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Dies ist der beste Weg, um Jugendliche von Kriminalität und Gewalt fernzuhalten. Schon angesichts der demografischen Entwicklung dürfen wir kein Kind und keinen Jugendlichen zurück lassen. Übrigens wissen das auch die Richter, aber anscheinend nicht alle Politiker. So sieht unser Jugendstrafrecht eigens Erziehungsmaßregeln vor, die auch darin bestehen können, dass ein Gericht einen Jugendlichen verpflichten kann, eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle anzunehmen. Ansonsten gilt: Wenn Strafen verhängt werden, dann müssen sie sofort verhängt werden. Dies erfordert keine neuen Gesetze, aber mehr Richter. Für mich ist es unverständlich, warum die Landesregierung weiterhin Richterstellen abbaut.

Nordrhein-Westfalen besser machen heißt, sich daran zu erinnern, dass die besondere Rolle unseres Landes immer darin lag, als soziales Gewissen in Deutschland aufzutreten. Eine Reformpolitik, die nur anderen Pflichten auferlegt, aber sich selbst nicht einer sozialen Verpflichtung unterzieht, bleibt kalt und leer. Soziale Gerechtigkeit muss dort wirken, wo jemand von seinem Lohn nicht leben kann, selbst wenn er einen Vollzeit Arbeitsplatz hat. Die Würde der Arbeit gebietet in einem solchen Fall die Einführung des Mindestlohns. Und soziale Gerechtigkeit hört nicht da auf, wo sich gescheiterte Manager Millionenbeträge an Abfindung in die Tasche stecken oder mehr als tausend Mal so viel verdienen wie einer ihrer Angestellten.

Der amerikanische Philosoph John Rawls hat einmal gesagt, dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten nur dann zulässig seien, wenn sie mit Ämtern und Positionen verbunden sind, die jedermann offen stehen und wenn sie denjenigen, die am wenigsten begünstigt sind, am meisten zugute kommen. Beide Prinzipien werden aber verletzt. Die Positionen in Unternehmensleitungen stehen keineswegs allen Tüchtigen offen. Stattdessen bildet sich hier eine gleichsam neu-feudale Schicht heraus, die auf Kosten der Beschäftigten des Unternehmens selbst dann noch lebt, wenn ihre Angehörigen aus einer Unternehmensleitung längst ausgeschieden sind. Und die Lage wird alsdann unhaltbar, wenn diejenigen, die sozial benachteiligt sind, keine faire Chance mehr für einen sozialen Aufstieg besitzen, geschweige denn, dass sie von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können.

Deshalb hätte ich mir gewünscht, wenn unser Land mit bei der Bundesratsinitiative für die Einführung eines Mindestlohns dabei gewesen wäre. Und deshalb hätte ich mir gewünscht, wenn der Ministerpräsident bei absurd hohen Managergehältern nicht ausgerechnet auf die Tarifhoheit verwiesen hätte. Denn soweit ich weiß, führen die Gewerkschaften keine Tarifverhandlungen für Unternehmensvorstände sondern für die Beschäftigten. Ich hätte mir aber gewünscht, dass unser Tariftreuegesetz und die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst erhalten bleiben. Denn beides hat Nordrhein-Westfalen besser gemacht.

Anrede

In der Einladung zu unserem heutigen Neujahrsempfang heißt es, dass wer für die Zukunft sorgen wolle, „die Gegenwart mit Misstrauen aufnehmen muss“. Ich habe einige Zeit darüber nachgedacht, ob wir mit einem solchen Aphorismus in das Neue Jahr gehen sollen.

Ich glaube, Misstrauen ist angebracht, wenn uns jemand glauben machen will, alles sei gut. Das ist es nicht. Es wird auch nicht alles schlechter. Aber manches können wir gemeinsam besser machen. Dafür benötigen wir Zuversicht, etwas besser machen zu können. Diese Zuversicht ist es vor allem, die ich uns für das Jahr 2008 wünsche!